



Gleichstellung braucht starke Standards

FES-Studie formuliert Mindestanforderungen an Landesgleichstellungsgesetze

Wir rücken immer weiter hinein ins 21. Jahrhundert und dennoch ist die Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht erreicht. Aus diesem aktuellen Anlass stellte **Dr. Barbara Stiegler** im Rahmen der LADIES HOURS des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. Dezember 2013 die Ergebnisse ihrer neuen Studie „Gleichstellung braucht starke Standards. Mindestanforderungen an Landesgleichstellungsgesetze für eine moderne kommunale Gleichstellungspolitik“ vor.

In einen informationsgeladenen und ideenreichen Abend leitet die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, **Edelgard Bulmahn MdB**, thematisch ein. „Worte bringen den Reis nicht zum Kochen!“ – anhand dieser japanischen Weisheit verdeutlichte sie metaphorisch, wie wichtig es ist, genaue Regeln, Gesetze und Standards festzulegen, um das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter schneller erreichen zu kön-

nen. Themen wie die Beseitigung der „Teilzeitfalle“, Chancen- und Entgeltgleichheit für Frauen und Männer sowie die Durchsetzung einer verbindlichen Frauenquote in Führungsriege und Aufsichtsräten seien entscheidend in der Gleichstellungsfrage und wesentliche Elemente in der angestrebten Politik, findet die Bundestagsabgeordnete. Zu diskutieren sei zudem die Frage nach möglichen Sanktionen beim Verletzen bereits existierender Standards. Dies bleibt bislang häufig ohne Folgen, mahnt sie weiter. Den Kommunen schreibt Bulmahn dabei eine besondere Verantwortung zu. Diese müssten dafür sorgen, dass in lokalen Betrieben Frauenförderpläne und Gleichstellungsverträge eingehalten werden. „Ich wünsche mir, dass wir herausfinden, was man mit unseren Standards erreichen kann, da sie eine wichtige Grundlage schaffen, um den Reis zum Kochen zu bringen“, appelliert sie an die Teilnehmenden im Saal.

Die Autorin der im Mittelpunkt des Abends stehenden Studie, Dr. Barbara Stiegler, sieht in den festzulegenden Standards eine Chance, um moderne Gleichstellungspolitik auch auf kommunaler Ebene voranzubringen. „Als Wissenschaftlerin habe ich den Vorteil, dass ich zunächst träumen darf und mir Utopien ausmalen kann“, räumt Stiegler ein. Sie betont, dass Gleichstellung als eine Querschnittsaufgabe verstanden werden müsse, die alle Bereiche in den Kommunen betreffe.

Deren Aufgabe sei es dabei erstens, als **Infrastrukturegeberin** in den einzelnen Handlungsfeldern – wie etwa Bildung, Gesundheit, Wohnen oder Betreuung – geschlechterspezifische Auswirkungen aufzuzeigen und den Gedanken der Querschnittsaufgabe zu verfestigen. Außerdem können hier, bspw. durch die verpflichtende Einstellung gendersensiblen Personals, alte Rollen- und Geschlechterbilder aufgebrochen und abgebaut werden.

Zur Person: **Dr. Barbara Stiegler**

Die Psychologin und Pädagogin war bis 2011 Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Im Rahmen dieser Tätigkeit verfasste sie zahlreiche Publikationen und Studien, wie auch die erst kürzlich gemeinsam mit Dr. Elke Wiechmann veröffentlichte Studie „Gleichstellung braucht starke Standards“. Mit ihrer Arbeit leistet sie einen wichtigen Bei-



trag zur deutschen Genderforschung. Heute ist Barbara Stiegler freiberuflich als Politikberaterin und Referentin zum Thema Gender Mainstreaming für unterschiedlichste Zielgruppen tätig und schafft es so, Theorie und Praxis zu verbinden.



Link zur Studie: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10197-20130821.pdf>



v.l.n.r.: Nina Bessing, Edelgard Bulmahn MdB und Caren Marks MdB

Als **Arbeitgeberin** hat die Kommune des Weiteren die Aufgabe, auch in der eigenen Verwaltung eine Vorbildfunktion einzunehmen. Hierzu gehören laut Stiegler gendersensible Beurteilungssysteme, höhere Arbeitszeitflexibilität und vor allem auch mehr Frauen in verantwortungsvollen Positionen.

Drittens habe die Kommune als **Wirtschaftsakteurin** enorme Potenziale für die Gleichstellung der Geschlechter, führt Stiegler weiter aus. Besonders in der Vergabe öffentlicher Aufträge müssten die Kommunen darauf achten, ob ein Unternehmen wichtige Genderstandards beachtet oder nicht. Zudem könnten Anreize geschaffen werden, die bspw. Frauen noch mehr zu Existenzgründungen oder zum Erlernen von technischen Berufen ermutigen.

Die Zivilgesellschaft, der Staat und die Wirtschaft, so Stiegler, müssten gemeinsam Strategien für mehr Geschlechtergerechtigkeit entwickeln und durchsetzen. In der direkten Förderpolitik könnten dies bspw. Quotierungen, aktive Gleichstellungsförderung mit Hilfe von zielgruppenbezogenen Maßnahmen oder auch die Unterstützung für alle privat Sorgearbeit Leistenden sein.

Stiegler betont zudem die Notwendigkeit von Kontrollen. Diese Aufgabe könnten die Genderbeauftragten übernehmen. Bei Bedarf müsse auch über Sanktionsmöglichkeiten nachgedacht werden. Hilfreich kann hierbei die Maßnahme des **Gender-Budgeting** sein, welches in jedem kommunalen Haushalt eingeführt werden kann. Diese direkte Förderung wird unterstützt durch eine integrierte Geschlechterpolitik. Die Aufstellung geschlechterpolitischer Rahmenpläne sowie das Durchführen von Genderanalysen, die Aufschluss über die Sinnhaftigkeit von Strategien geben, seien hierbei enorm wichtig. Schlussendlich brauche Gleichstellungspolitik ein rechtliches Funda-

ment, einen politischen Willen und einen angemessenen strukturellen Rahmen, resümiert die Forscherin.

In ihrem anschließenden Kommentar unterstreicht **Caren Marks MdB**, langjährige Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Familie, Frauen, Senioren und Jugend und seit Anfang des Jahres Staatssekretärin im Bundesfrauenministerium, deutlich die Dringlichkeit von klaren Standards für Gleichstellung. Auch sie kritisiert die großen Defizite, die es bei der Kontrolle der schon vorhandenen Standards gibt. „In der Verkehrspolitik ist es total selbstverständlich, dass Regeln kontrolliert und Verletzungen sanktioniert werden. Darüber muss überhaupt nicht diskutiert werden“, so Marks. Auch mahnt sie einen sensibleren Umgang mit geschlechterneutraler Sprache an, der doch dabei helfen könne „uns in der Geschlechterfrage immer wieder den Spiegel vorzuhalten“. Zudem fordert sie, Frauen nicht immer im Zusammenhang mit Familie zu denken, da dies den Anschein erwecke, Frauen ohne Familie betreffe Gleichstellungspolitik nicht.

In der anschließenden Diskussion kristallisiert sich noch einmal der Gedanke der „Querschnittsaufgabe Gleichstellung“ heraus. Moderatorin **Nina Bessing**, Leiterin des Geschäftsfelds Wirtschaft bei der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin, betonte, dass in den einzelnen Fachressorts – sei es in Unternehmen oder Ministerien – klare Verantwortlichkeiten in Bezug auf Gleichstellung geschaffen werden müssten. Wie schwer die Umsetzung verbindlicher Standards in den verschiedenen Kommunen tatsächlich ist, wird durch die Gespräche und Wortbeiträge der zahlreichen anwesenden Gleichstellungsbeauftragten deutlich. Einig sind sich dabei alle: Ohne Gender-Budgeting ist eine wirkliche Sanktionierung bei Regelverletzungen nicht möglich.

Vormerken!!!

Reihe zum Equal Pay Day

„Wir verdienen mehr!
Wie schaffen wir Gleichstellung
in Arbeit und Gesellschaft?“

6. März 2014

18 Uhr, IG BCE Hannover

*Das spannende Unbekannte?
Anonymisierte Bewerbungsverfahren
als Chance für mehr Vielfalt
mit Dirk-Ulrich Mende (OB Celle)
und Dr. Annabelle Krause (IZA)*

21. März 2014

**14 bis 16 Uhr, Platz der
Weltausstellung Hannover**

*Equal Pay Day 2014
Fair P(l)ay – neue Spielregeln auf
dem Arbeitsmarkt der Zukunft
Aktion zum bundesweiten EPD*

8. April 2014

18 Uhr, IG BCE Hannover

*Minijob – Minirente! Über
die Zusammenhänge von Erwerbs-
tätigkeit und Altersarmut
mit Hannelore Buls, Vorsitzende
des Deutschen Frauenrates*

Weitere Informationen zu unseren
Veranstaltungen finden Sie auf
www.fes.de/niedersachsen



Impressum:

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber:
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Tel.: 0511 357708-30
Fax: 0511 357708-40
E-Mail: niedersachsen@fes.de

Verantwortlich: Franziska Schröter
Mitarbeit: Lisa Lehmann

Internet: www.fes.de/niedersachsen
Facebook: FES-Niedersachsen
Twitter: FES_Nds

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**